

1614/ 14. Dezember 2010

Pressemitteilung der Parlamentarischen Geschäftsführung

DIE LINKE vom 15.12. bis 17.12.2010 im Plenum:

Der Bundestag wird sich in der laufenden Sitzungswoche mit folgenden parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE beschäftigen:

Mittwoch, 15.12.2010

Aktuelle Stunde der Fraktion DIE LINKE zum Thema „**Kein Atomendlager bei Lubmin**“ beantragt.

Top 1.) Zwei Entschließungsanträge zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zum „Europäischen Rat am 16./17. Dezember 2010 in Brüssel“, Drs. 17/...

Für die aus der Bankenkrise entstandene Finanzkrise der EU gibt es bisher keine erfolversprechenden Lösungsvorschläge der Regierungskoalition. DIE LINKE fordert, dass die Krisenlasten nicht auf die Mehrheit der Bevölkerung und vor allem auf die sozial Schwachen abgewälzt, sondern dass die Profiteure der Krise zur Kasse gebeten werden. Mit einem Mix von Maßnahmen, der u.a. eine direkte Finanzhilfe an notleidende Länder durch die EZB und die Auflage von Euro-Anleihen beinhaltet, soll die Euro-Krise eingedämmt werden.

Donnerstag, 16.12.2010

Top 4.) Entschließungsantrag zur Regierungserklärung durch den Bundesminister des Auswärtigen: „Fortschritt und Herausforderungen in Afghanistan“, Drs. 17/...

Der von der Bundesregierung vorgelegte Fortschrittsbericht zu Afghanistan zeigt die katastrophale soziale und sicherheitspolitische Lage in Afghanistan auf. DIE LINKE fordert, sofort die Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen und stattdessen demokratische, progressive und emanzipatorische Kräfte in Afghanistan und den Nachbarländern zu unterstützen, um einen regional wirksamen Friedensprozess in Gang zu bringen.

Top 5.a) Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Gute Arbeit in Europa stärken – Den gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland am 1. Mai 2011 einführen.“, Drs. 17/4038

Dumpinglöhne sind heute eher die Regel. Mit der Einführung eines allgemeingültigen gesetzlichen Mindestlohnes wird eine verbindliche Lohnuntergrenze geschaffen. Dadurch lässt sich der Niedriglohnsektor eindämmen und dessen Quersubventionierung durch ergänzende staatliche Leistungen gebremst.

Top 12.c) Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Missbrauch von Praktika stoppen“, Drs. 17/...

Praktika sollen Lernverhältnisse für junge Menschen in der Ausbildung sein, wobei sie klar von regulären Arbeitsverhältnissen abzutrennen sind. DIE LINKE fordert eine angemessene Vergütung für Praktikantinnen und Praktikanten durchsetzen, die Dauer von Praktika zu begrenzen und die Zuständigkeit von Betriebs- und Personalräten für die Gestaltung von Praktika klarzustellen.

Top 16.) Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE: „zur Ausweitung der Assistenzpflege auf Einrichtungen der stationären Vorsorge und Rehabilitation“, Drs. 17/3746

Die Regelung des Assistenzpflegebedarfs im Krankenhaus, das Menschen mit Behinderungen, die ihre Assistenzkräfte nach dem Arbeitgebermodell beschäftigen, die Mitnahme dieser bei einem stationären

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Pressesprecher Hendrik Thalheim, Telefon 030/227-5 28 00, Mobil 0172/39 14 261

Stellvertretender Pressesprecher: Michael Schlick, Tel. 030/227-5 00 16, Mobil [0172/] 373 13 55

Telefax 030/227-75 68 01, pressesprecher@linksfraktion.de, www.linksfraktion.de

Krankenhausaufenthalt ermöglicht, greift zu kurz. DIE LINKE will, dass dies zukünftig auch in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen möglich ist.

Top 25.) Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Ungefährliche und klimaschonende Kältemittel in Kfz-Klimaanlagen verwenden“, Drs. 17/3432

Statt auf klimaneutrale und ungefährliche Kältemittel setzt die Automobilindustrie auf das hoch reaktive und leicht entflammbare Mittel 1234yf. Im Brandfall und bei Unfällen entsteht aus dem Stoff giftige und stark ätzende Fluorwasserstoffsäure, die bei Fahrzeuginsassen und Helfern gesundheitliche Schäden verursachen kann.

Top 32.) Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Vorschlag der Europäischen Kommission zur Konzernentsenderichtlinie zurückweisen“, Drs. 17/4039

Top 34.) Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Vorschlag der Europäischen Kommission zur Saisonarbeiterrichtlinie zurückweisen“, Drs. 17/4045

Der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Saisonarbeiterrichtlinie wird kritisiert, weil er vor allem an Orten mit großer Fluktuation an Migrantinnen und Migranten zu einer Unterteilung in nützliche und unnützliche Migrantinnen und Migranten, sowie zu europaweiten Lohn- und Sozialdumping führt. DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, den Vorschlag im Ministerrat abzulehnen und sich stattdessen für soziale Mindeststandards für Saisonbeschäftigte in der EU und einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland und der EU einzusetzen.

Freitag, 17.12.2010

Top 38.) Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE zum zweiten Flächenerwerbsänderungsgesetz, Drs. 17/...

Das Eigentum an Boden und die Verfügung über dieses Eigentum ist eine zentrale Frage gesellschaftlicher Gerechtigkeit und der Sicherung der Ernährungssouveränität. Boden ist die Grundlage für jegliche landwirtschaftliche Produktion. DIE LINKE fordert die Verkaufspolitik der Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) bezüglich landwirtschaftlicher Flächen zu verändern und die Flächenprivatisierung zugunsten langfristiger Verpachtung zu stoppen.

Top 39.) Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Sozialkassen vor Beitragsverlusten bewahren“, Drs. 17/3042

Es bestehen erhebliche Zweifel an der Tariffähigkeit der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP). Die auf Basis der Tarifverträge mit der CGZP, vereinbarten Löhne und Beiträge an die Sozialkassen sind in Milliardenhöhe zu gering ausgefallen. DIE LINKE fordert, rückwirkend fällig werdende Beitragseinnahmen vor der Verjährung zu schützen.

Top 40.) Entschließungsantrag zum „Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2010“, Drs. 17/...

Die Bundesregierung hat Ostdeutschland abgeschrieben und findet sich mit der innerdeutschen sozialen und wirtschaftlichen Spaltung ab, exemplarisch dafür sind die besonders drastischen Kürzungen von Schwarz-Gelb. DIE LINKE fordert daher die Beendigung von noch bestehenden Diskriminierungen Ostdeutscher, eine Gesetzesfolgenabschätzung Ost und vom Erfahrungsvorsprung Ost zu lernen.

Top 43.) Antrag der Fraktion DIE LINKE: „Jugendfreiwilligendienste umfassend stärken und ausbauen“, Drs. 17/...

Jugendfreiwilligendienste sind eine besondere Form für Jugendliche und junge Erwachsene, sich freiwillig zu engagieren. Angeboten werden unter anderem das Freiwillige Soziale Jahr, das Freiwillige Ökologische Jahr und das Freiwillige Jahr in der Denkmalpflege. DIE LINKE fordert, Jugendfreiwilligendienste auszubauen und zu stärken, in dem unter anderem einheitliche Standards in Bezahlung, Förderung, Bildung und Mitbestimmung gewährleistet werden und zusätzlich müssen Jugendfreiwilligendienste anderen Zielgruppen wie MigrantInnen, Jugendlichen mit Behinderung sowie sozial Benachteiligten geöffnet werden. Parallelstrukturen, wie der geplante Bundesfreiwilligendienst, lehnt DIE LINKE ab.

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Pressesprecher Hendrik Thalheim, Telefon 030/227-5 28 00, Mobil 0172/39 14 261

Stellvertretender Pressesprecher: Michael Schlick, Tel. 030/227-5 00 16, Mobil [0172/] 373 13 55

Telefax 030/227-568 01, pressesprecher@linksfraktion.de, www.linksfraktion.de